

Bezugspreis für sechs monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark usw. ...

Volks-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Halle, Dienstag, den 2. September.

Nr. 410.

Der Schmutzprozess des Fürsten Wied verlag.

Kopenhagen, 2. September. (Eigene Drahtnachricht.) Vor dem Nationalgericht in Kopenhagen wurde gestern der Prozess wegen des sensationellen Schmutzprozesses des Fürsten von Wied verhandelt. Angeklagt sind der kabinettliche des kaiserlichen Fürsten von Wlatten Dr. v. Steinigen und Herrin Anna von Solms-Wildenfels, eine Schwägerin des Prinzen von Wied. Der schwedische Botschafter erklärte, dass der Prinz zu Wied zwingende Gründe zur Ausfuhr seiner Schätze aus Deutschland hatte. Die schwedischen Behörden in Deutschland seien bereit, dass Raub und Plünderungen an der Tagesordnung seien, und es wäre gefährlich gewesen diese Schätze in Deutschland zu belassen. Es sei auch nicht beabsichtigt worden, die schwedische Zollbehörde zu die ihr zukommende Steuer zu betragen, da der Wert der geschmuggelten Sachen 6 Millionen Kronen betrage, während die beabsichtigten Zollgebühren nur 270 000 Kronen beträgen. Die Anwesenheit der Angeklagten erschien nichts besonderes. Im Grund des Prozesses des Rechtsanwalts wurde die Verhandlung schließlich abgebrochen und auf den 29. September verlag.

Englands Pläne in Russland.

Bern, 2. September. (Eigene Drahtnachricht.) Das Genfer Komitee erhält von unrichtiger Quelle die Mitteilung über einen Geheimvertrag zwischen England und der Regierung Pjanows. Nach dem Vertrag verpflichtet sich England 1. mit allen Mitteln die Regierung Pjanows im Kampf gegen den Bolschewismus zu unterstützen; 2. ihr Militär- und modernes Kriegsmaterial zu liefern; 3. einen Druck auf Russland auszuüben, um die Befreiung der russischen Kriegesgefangenen in Deutschland zu erleichtern; 4. die von der Bolschewistenregierung heimlich in Genäva zu verpflegen; 5. nach dem Sturz des Bolschewismus der Regierung einen besonderen Kredit bis zur Höhe von einer Milliarde Rubel zum Ankauf von Maschinen und Rohstoffen für die russische Industrie einzuräumen. Russland seinerseits verpflichtet sich, alle besonderen Interessen Englands im Baltikum anzuerkennen, den baltischen Ländern Gelegenheit zur Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes zu geben; 6. alle Schulden der ehemaligen Regierung zu übernehmen; 7. alle beabsichtigten bedeutenden Einkäufe in Deutschland zu verzinsen, solange mit England auf Grund des abgeschlossenen Kredit- und Lieferungsverträge besteht; 7. eine demokratische Regierung einzuführen.

Ein russischer Bauernaufstand unterdrückt.

WTB. Amsterdam, 2. September. Laut "Telegraph" unterteilt "Times" aus Helsinki, dass das bolschewistische Bauernbewusstsein bereits, Sowjettruppen hätten einen Bauernaufstand unterdrückt müssen, der hauptsächlich in Sozialdemokraten organisiert war. Eine große Anzahl von Mitgliedern dieser Partei sei erschossen worden.

Die neue Regierungsbildung in Ungarn.

Budapest, 2. September. (Eig. Drahtnachricht.) Das kabinett Schmidt wird, sobald die Anerkennung von der Entente eingelaufen ist, die Geschäfte führen. Ministerpräsident Schmidt wird zurücktreten. In das neue Kabinett werden auch Sozialdemokraten eintreten.

Monarchistische Propaganda in Ungarn.

Wien, 2. September. (Eigene Drahtnachricht.) Gern wurde der Direktor einer ungarischen Filmfabrik verhaftet, der die Verbindung zwischen dem Schweizer und den ungarischen Monarchisten herstellte. Es ist erwiesen, dass er von Schweizer Kreisen diffamierte Telegramme empfing. Der ehemalige Ernährungsminister Robert Blumhagen und mehrere ungarische Grafen und Barone haben mit dem Fabrikdirektor in enger Verbindung. Eine Beschwerde bei Götschallowsky wurde nach Anweisung des Reichsministers durch die polnische Polizei angeklagt waren von Banden angegriffen. Dieser durch Götschallowsky eingebrachte Brief wurde durch Götschallowsky zurückgewiesen. Verleumdungen von Aufständischen, eine Behauptung des Reichsministers, sowie Grenzschutz und Sicherheitskräfte in Amiensville zu gefährden, wurden verurteilt.

Neue polnische Bandenangriffe.

WTB. Breslau, 2. Sept. Das Generalkommando des 3. Armee-Korps meldet: In der Nacht zum 1. September griffen polnische Banden unsere Postierungen bei Gollwitz an. Sie wurden unter Mitwirkung eines Panzerguges abgewiesen. Eine Beschwerde bei Götschallowsky wurde nach Anweisung des Reichsministers durch die polnische Polizei angeklagt waren von Banden angegriffen. Dieser durch Götschallowsky eingebrachte Brief wurde durch Götschallowsky zurückgewiesen. Verleumdungen von Aufständischen, eine Behauptung des Reichsministers, sowie Grenzschutz und Sicherheitskräfte in Amiensville zu gefährden, wurden verurteilt.

Der bulgarische Friedensvertrag.

WTB. Versailles, 1. Sept. Der Oberste Rat des Allierten beschloss sich mit dem bulgarischen Friedensvertrag. Dieser wird am Mittwoch veröffentlicht werden.

Am Montag hatten der polnische Ausschuss, sowie der Ausschuss, der die Grundrechte der österreichischen Nachfolgestaaten aufgestellt.

Knox' Kampf gegen Wilson.

Amsterd., 1. September. "Times" meldet aus Washington, dass Senator Knox in seiner am Freitag gehaltenen Rede noch erklärte, er sehe nicht ein, weshalb Amerika Deutschland und durchgeführte Bindungen auferlegen sollte. Der Vertrag verleihe gleichzeitig einen Vordruck an der seit langem bestrittenen chinesischen Nation. Er lege die Grundlage für Jahrhunderte des Blutes vergießen, in das die Amerikaner hineingeworfen werden würden. Der Vertrag verpflichte die Vereinigten Staaten, alle Vorkommen der Schinane Gebiete nicht zu unterstützen, die der Kaiser und anerkennen. Dadurch würden die Vereinigten Staaten zu ungerade in Handlungen gezwungen werden, wie im Falle mit Scharung. Die Rede des Senators hat großes Aufsehen erregt, so dass Präsident Wilson die von Knox angeführten Bemerkungen "widerlegen" muß. Nach Meldungen mehrerer Blätter sind 44 amerikanische Senatoren gegen und 40 für die Ratifikation des Friedens durch Amerika.

13 Entente-Kommissionen in Berlin?

Berlin, 2. September. Für insgesamt 13 Entente-Kommissionen in Berlin Wohnungen gesucht. Nach Mitteilung aus Kreisen der Berliner Entente-Kommission wird im Oktober eine englische Handelsmission in Berlin errichtet. Nach einer Meldung aus München ist dort eine Interkontinental-Kommission eingetroffen, die im Hinblick auf das Friedensabkommen die vorhandenen Vorräte feststellen soll.

Nationierungen von bisher unbekannter Größe.

München, 1. September. Nachdem der bayerische Handelsminister in Berlin mit dem Reichsinterkontinental-Kommissionen eingehende Verhandlungen geführt haben, fanden in München unter Hinzuziehung der Presse und weiterer Kreise der Industrie und Landwirtschaft Besprechungen über die Kohlenfrage statt. Bei diesen Besprechungen machte der bayerische Handelsminister die Mitteilung, daß in bezug auf Gas- und Elektrizitätsversorgung im kommenden Winter Nationierungen in ganz Deutschland vorgenommen werden müssen, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. Zugusätzlich werden in der Hauptleistung Kohlen erhalten. Das gleiche gilt von dem großen Kugelschmelz im bayerischen Oberland. Und trotz dieser geradezu verhängnisvollen Meldung beurlaubt: Der Streik der Kohlenarbeiter bezieht sich auch auf die Niederländer der Grube Grita ist in den Zustand getreten. Von den Ausständigen wird der von der Regierung angeforderte Abbau der Lebensmittelpreise verlangt. - Wie im übrigen der Kohlenmangel Tag für Tag mehr auf die Beschäftigung in der Industrie seine Auswirkungen ausübt, beweist die Meldung aus Dortmund, nach der wegen Kohlenmangels das Eisen- und Stahlwerk Pösch von heute an Betriebsstillstand einleiten muß.

Wirtschaftskämpfe in den Vereinigten Staaten.

Während des Krieges hat die amerikanische Industrie eine Vergrößerung erfahren, die nicht für die Schnellwüchsigkeit drüben beispiellos ist. Aber ein Rückschlag war unermesslich, da die Vorauslagen auf die gezielte Kriegszugung eingestellt waren. Die Arbeitslosigkeit liegt, zumal wichtige Industrien bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt sind. Das gilt selbst für die Schiffbauindustrie, die scheinbar unbegrenzte Arbeitskraft hat. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt muß sich noch verschärfen, sobald die Truppen zurückziehen und demobilisiert werden. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten ebenso eine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse erfahren haben, wie Europa. Nur daß es nicht allein ihre Ursachen in der Geldentwertung hat. Vielmehr handelt es sich darum, daß Vorderamerika während des Krieges zu einer ungeheuren Wertsteigerung wurde. Aber die in ihr erzeugten Güter gingen in der Hauptache nach Europa, ohne daß andere Völkern im Austausch zurücktrömen. Die Verteuerung hat demnach schon Beziehungen der ganzen Arbeiterbevölkerung ausgelöst. Vor allem sind es die Eisenbahner, die einstellend sind, die auf-rufen Mittel anzuwenden. Soweit hat alles europäische Formen und will lernen aus dem Zustand der Industrie nichts hinzu. Aber es genährt Interesse, die Methoden kennen zu lernen, mit denen Wilson die Eisenbahnkreise bekämpfen will. Er hat bereits angeündigt, die gesamte Regierungsmacht zum Schutze der Eisenbahnwege zu verwenden. Das heißt, er will durch Truppen den Verkehr aufrechterhalten. Da so noch immer Willen unter Massen und unter den militärischen Geleiten liegen, steht es nicht an Möglichkeiten, um die wirtschaftlichen Schäden des Streiks abzumildern. Wenn es im Wiederlande der Demokratie gelingt auf diese Weise die Unterbindung der Schlag, abern der Wirtschaft zu verhindern, wird es in Europa nicht an Besorgnung fehlen.

Umschwung in Südafrika?

Ministerpräsident Smuts.

Berlin, 2. September.

Die südafrikanische Union und ihre Politik scheint uns heute in unserem England weitesten zu liegen. Und doch ist es für Deutschland von Bedeutung, wenn in Pretoria ein neues Ministerium zusammengestellt wird. General Smuts soll an die Stelle des kürzlich verstorbenen Premierministers Louis Botha treten. Das war zu erwarten. Denn Smuts, der südafrikanische Irredentist, ist nach Botha der einflussreichste Mann im britischem Dominion Großbritannien. General De Wet scheint wohl aus, Er war im Juni 1915 wegen seines Eintretens für das deutsche Vordringen in Südwestsafrika zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden und mußte sich bei seiner Freilassung Ende 1915 verpflichten, für die Zeit, auf welche er zu Gefängnis verurteilt war, jeder politischen Betätigung fernzubleiben. Also Smuts! Wir setzen noch alle unter dem Eindruck, seines mannhafte Proteses anlässlich der Irredentierung. Aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß er zwar protestiert, aber dann doch untergeschriebe hat. Er gab lediglich dem öffentlichen Ausdruck, daß mit dem Versailles Vertrag der wirkliche Friede nicht zustande gebracht sei und daß man über die in Aussicht genommenen Beirathungen, mit dem Schwamm h unwegsam fülle. Gegen die Intervention Südwestsafrikas hat General Smuts nicht protestiert! Er läßt also das Siegeswerk, das sein Vorgänger Botha mit zehnfacher Leberarbeit über den braven Oberstleutnant Brande im Juli 1915 bei Lavo glücklich zustande gebracht hat, ohne sonderlichen Gewissensbisse. Deutsches Südwestsafrika bleibt Kriegsgewinn der Südafrikanischen Union, obwohl eben dieser General Smuts noch am 17. Mai 1918 zu dem Verfallern am Clyde sagte: "Wir wollen keine Landgewinn, denken nicht an Deutschlands Vermeidung, noch wollen wir eine Entschädigung von irgend jemand erzwängen. Wir wollen folgende Ergebnisse erreichen: Sicherung der Freiheit und der Rechte aller Nationen und einen dauernden Frieden." "Manchester Guardian" vom 18. 5. 18. Das klingt beinahe Wilsonisch. Aber General Smuts ist im Laufe des Krieges Mitglied des Kriegskabinetts in London geworden und hat gegenüber der englischen Regierung so seine Verpflichtungen. Es ist kaum anzunehmen, daß er seine südafrikanische Ministerchaft damit antreten wird, einen Antrag auf Rückgabe Südwestsafrikas an Deutschland einzubringen. Er wird das weder beim Parlament in Pretoria noch beim Vordringen in Genf tun. Trotzdem, man soll nicht die Hoffnung auf Südwestsafrika verlieren. Die südafrikanische Union ist dasjenige britische Dominion, welches den Engländern in jeder Beziehung die geringste Kriegslast gelieft hat. Weder Menschen noch Material sind von Südwestsafrika nach den Kriegsschauplätzen in irgendeinem nennenswerten Umfang abgegangen. In keiner britischen Leberbedeckung ist aber auch von vornherein eine so ausgedehnte entgegengesetzte Kriegseindliche Stimmung geweckt wie in Südwestsafrika. Das Gegenteil wäre eher zu vermuten; denn man muß bedenken, daß die südafrikanische Union noch keine fünf Jahre mit dem Recht der Selbstverwaltung ausgestattet gewesen ist, als der Weltkrieg ausbrach, und daß, als die Union diese Selbstverwaltung erhielt, erst sieben Jahre seit dem Burenkrieg vorübergegangen waren. Ferner fällt der Umstand ins Bewusstsein, daß ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung Südwestsafrikas nicht britischer Abstammung ist. In allen diesen Beziehungen unterscheidet sich die südafrikanische Union wesentlich von den übrigen britischen Dominien. Die 1918 von Herzog begründete, im Krieg sehr erstarke antibritische Nationalistpartei entlastet in der letzten Zeit eine sehr ruhige Propaganda, und man kann wohl sagen, wäre Louis Botha nicht gestorben, so würde er jetzt wahrhaftig geführt werden. Ueber die politischen Wägungen in Südwestsafrika laßt England die übrige Welt natürlich um jeden Preis im Unklaren zu lassen. Allein ungeduldet aller Abwehrversuche dringen doch genügend südafrikanische Zeitungsnachrichten, namentlich in holländischer Sprache zu uns, um die Ergänzung der lächerlichen, mehr oder minder unklaren oder gefälschten Neutexteleganten über südafrikanische Ereignisse zu ermöglichen und uns ein ungefähres Bild zu geben. Man beschränkt in London vielfach, die antienglische Bewegung in Südwestsafrika sei ein Werk der Deutschen, ein Beweis, wie sehr man uns fürchtet. - Will man die Behauptung auch heute noch, einem besiegten und erriektigen Deutschland gegenüber aufrecht erhalten?









